

RUHE IM STURM?

DEUTUNGSVERLUST UND DEMOKRATIESCHWUND IN DER KRISE

≡ Franz Walter

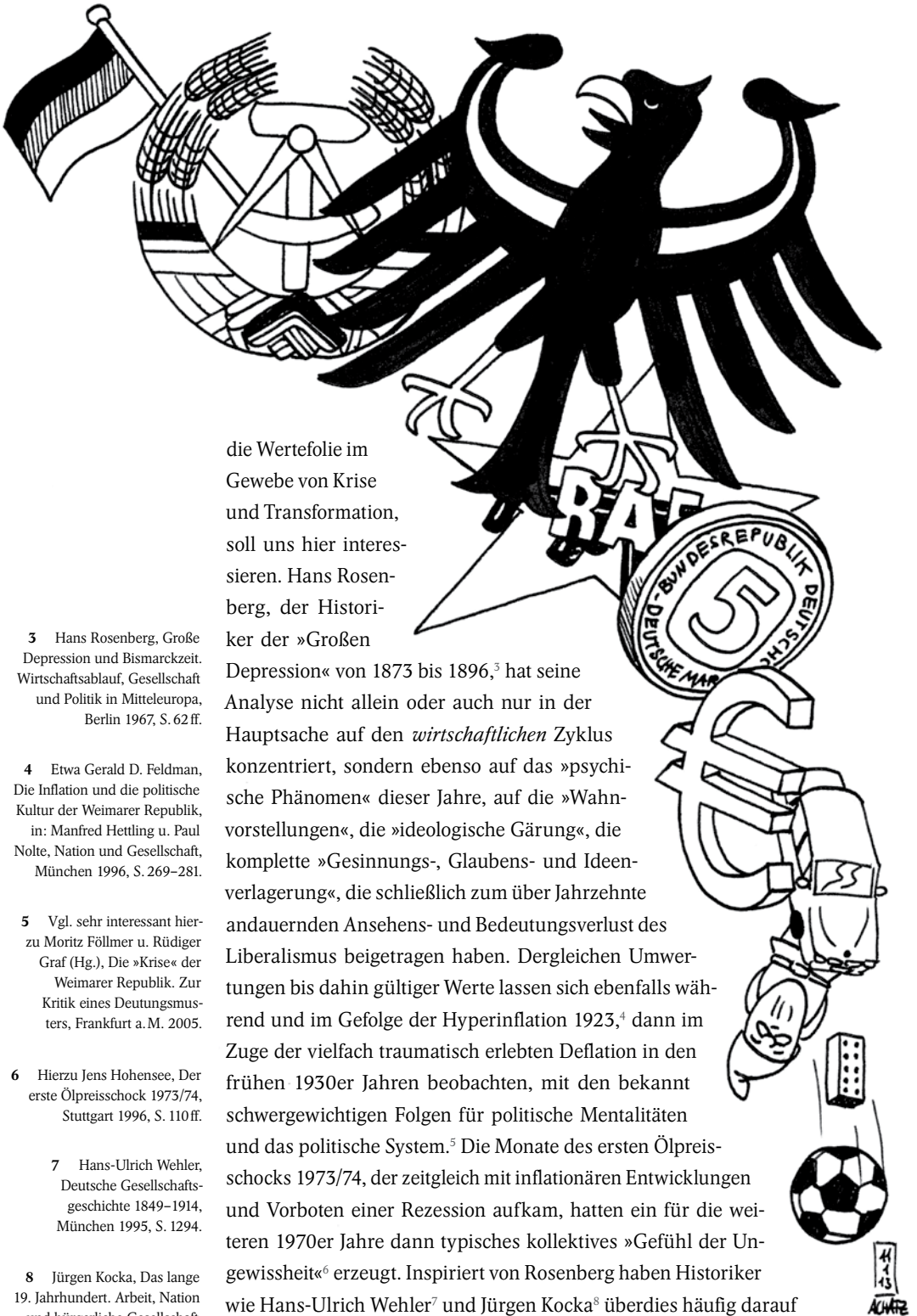
WIR SIND ZEITGENOSSEN EINER UNZWEIFELHAFT GROSSEN KRISE

Liest der aufgeklärt-skeptische Sozialwissenschaftler diesen Eingangssatz, dann dürfte er wohl gleich genervt oder gelangweilt abwinken. Denn der »Krisen«-Begriff ist durch allzu großzügigen Gebrauch unscharf geworden,¹ dient als Etikett für allerlei Ungemütlichkeiten und Schwierigkeiten, die in großer historischer Perspektive allerdings kaum der Rede wert sind. Doch andererseits: Was wir derzeit mindestens europaweit erleben, lässt sich mit Begriffen geringerer Dramatik wie »Probleme« oder »Störungen« nicht hinreichend charakterisieren. Viel spricht dafür, dass wir es in der Tat mit einer gravierenden Krise der Art zu tun haben, wie sie uns bereits während der Trendperioden 1873 ff. und 1923 ff., abgeschwächt auch in den Jahren 1973 ff. begegnet ist. Ökonomische Einbrüche waren in allen Fällen primär. Aber ihre Wirkungen reichten weiter, strahlten in die politischen und kulturellen Bereiche der Gesellschaft aus. Erst das konstituierte die Wahrnehmung von Krisen, produzierte – wie man heute zu sagen pflegt – das Krisennarrativ. In diesem Zusammenhang wurden lang aufgebaute Erwartungen an die Zukunft enttäuscht; überlieferte Normen trugen nicht mehr zur plausiblen Deutung von Umwelt und Ereignissen bei. Allgemein gefasst: Die Wertemuster, welche Handlungen zugrunde liegen, verlieren im Akt der Krise an Überzeugungskraft und Rationalität, was Unsicherheit, zunächst auch Lähmung erzeugt, dann die Erosion von bisherigen Legitimationen zur Folge haben kann.

Krisen in diesem Sinne kann man als »große Transformationen« (Polanyi) bezeichnen. Sie öffnen Möglichkeitspforten für neue Deutungsmuster, Ideen und Handlungsmotivationen, bieten hierdurch Gelegenheiten für gelingende Neuformierungen.² Aber sie können auch Wertedeformationen, gesellschaftliche Paranoia befördern. Diese Interpretations- und Normenschicht, also

¹ Hierzu auch Helga Scholten, Wahrnehmung und Krise, in: Dies. (Hg.), Die Wahrnehmung von Krisenphänomenen. Fallbeispiele von der Antike bis in die Neuzeit, Köln u. a. 2007, S. 5–12, hier S. 5.

² Siehe ebenfalls Volker Drehsen u. Walter Sparr, Die Moderne: Kulturkrise und Konstruktionsgeist, in: Dies. (Hg.), Vom Weltbildwandel zur Weltanschauungsanalyse und Krisenbewältigung um 1900, Berlin 1996, S. 11–29, hier S. 12.



die Wertefolie im Gewebe von Krise und Transformation, soll uns hier interessieren. Hans Rosenberg, der Historiker der »Großen Depression« von 1873 bis 1896,³ hat seine Analyse nicht allein oder auch nur in der Hauptsache auf den *wirtschaftlichen* Zyklus konzentriert, sondern ebenso auf das »psychische Phänomen« dieser Jahre, auf die »Wahnvorstellungen«, die »ideologische Gärung«, die komplette »Gesinnungs-, Glaubens- und Ideenverlagerung«, die schließlich zum über Jahrzehnte andauernden Ansehens- und Bedeutungsverlust des Liberalismus beigetragen haben. Dergleichen Umwertungen bis dahin gültiger Werte lassen sich ebenfalls während und im Gefolge der Hyperinflation 1923,⁴ dann im Zuge der vielfach traumatisch erlebten Deflation in den frühen 1930er Jahren beobachten, mit den bekannt schwergewichtigen Folgen für politische Mentalitäten und das politische System.⁵ Die Monate des ersten Ölpreisschocks 1973/74, der zeitgleich mit inflationären Entwicklungen und Vorboten einer Rezession aufkam, hatten ein für die weiteren 1970er Jahre dann typisches kollektives »Gefühl der Ungewissheit«⁶ erzeugt. Inspiriert von Rosenberg haben Historiker wie Hans-Ulrich Wehler⁷ und Jürgen Kocka⁸ überdies häufig darauf hingewiesen, dass solche Transformationsprozesse nur schwer konstruktiv

3 Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967, S. 62 ff.

4 Etwa Gerald D. Feldman, *Die Inflation und die politische Kultur der Weimarer Republik*, in: Manfred Hettling u. Paul Nolte, *Nation und Gesellschaft*, München 1996, S. 269–281.

5 Vgl. sehr interessant hierzu Moritz Föllmer u. Rüdiger Graf (Hg.), *Die »Krise« der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters*, Frankfurt a. M. 2005.

6 Hierzu Jens Hohensee, *Der erste Ölpreisschock 1973/74*, Stuttgart 1996, S. 110 ff.

7 Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914*, München 1995, S. 1294.

8 Jürgen Kocka, *Das lange 19. Jahrhundert. Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft*, Stuttgart 2001, S. 155.

zu steuern sind, wenn sich die großen gesellschaftlich-politischen Herausforderungen in einem engen Zeitraum überschneiden oder »verschürzen«⁹.

Als negatives Vorbild fungierte dabei die zeitliche Überschneidung von Verfassungsgebung, Nationalstaatsbildung und der Sozialen Frage im neuen Industrialisierungsprozess in Deutschland (und im Unterschied etwa zu Frankreich oder England) im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts. Ein stabiles und ruhiges Selbstbewusstsein, das in den Turbulenzen des frühen 20. Jahrhunderts hätte Halt geben können, konnte sich so nicht entwickeln. Ohne vorschnell parallelisieren zu wollen, wird man dennoch derzeit in Europa eine Konstellation feststellen können, in der sich grundsätzliche Herausforderungen, die je für sich schon der Politik gewaltige Anstrengungen und kluge Koordination abverlangen, zeitlich ebenfalls überlappen und dadurch gegenseitig erschweren: die explosiven Turbulenzen auf den Finanzmärkten, die gigantischen Lasten staatlicher Verschuldung, der Druck hin zu einem (aber wie?) legitimierten, transnationalen Institutionengefüge in Europa, eine denkbar komplexe und schwierige Verfassungsdiskussion hierüber, dazu die extremen demographischen Disproportionalitäten in den nächsten drei bis vier Jahrzehnten, auch die Konfrontation heterogener Kulturen und Religionen etwa durch Migration. Der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand charakterisierte eine solche Konstellation unlängst als »multiple Krise«, für deren Vielgliedrigkeit und Mehrdimensionalität die politischen Institutionen nicht gewappnet seien, ihr folglich konzeptionell und instrumentell auch nichts entgegenzusetzen vermögen.¹⁰

»WELTENMOMENTE« UND DER SOUVERÄN ALS STÖRFAKTOR

Nicht selten werden derartige Problemkumulationen zur Stunde des »Ausnahmestandes«, an dessen ungewöhnliche Interventionsmöglichkeiten sich die Träger der politischen Macht nicht ungerne gewöhnen und den sie durch dramatisierende Rhetorik und schwer zu kontrollierende Spezialadministrationen zu verstetigen versuchen.¹¹ Denn jetzt weitet sich für einen kurzen Zeitraum das politische Spielfeld. Die Vetomächte müssen ihre Routineeinwände unter dem Druck der aufgeschreckten Öffentlichkeit zurückstellen. Der Exekutive werden in den Zeiten des Notfalls außerordentliche Befugnisse eingeräumt. Die sonst sperrigen Institutionen dürfen zwischenzeitlich übergangen werden. Helmut Schmidt, der Heros im Kampf gegen Hamburger Fluten und international agierende Terroristen, war ein großer Nutznießer solcher Konstellationen, auch Gerhard Schröder, dem ebenfalls die Wassermengen der Elbe zur rechten Zeit zur Heldenattitüde verhalfen. In der Außenpolitik gibt es historische Knotenpunkte, an denen die innenpolitischen Blockademächte

⁹ Reinhart Koselleck, *Krise*, in: Otto Brunner u. a. (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 5, Stuttgart 1982, S. 617–650, hier S. 640.

¹⁰ Ulrich Brand, *Die multiple Krise*, hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2009, S. 2.

¹¹ Recht interessant dazu Michael Wohlgemuth, *Wenn der Ausnahmestand zur Regel wird*, in: *Schweizer Monatshefte*, Mai/Juni 2009, S. 26–29.

nicht beteiligt sind und Spielräume sich öffnen. In einem solchen »Weltenmoment«, wie es der Historiker Leopold Ranke nannte, kann man als politischer Anführer einer Nation dann Geschichte machen, so Adenauer in den 1950er, Brandt in den frühen 1970er Jahren, Kohl 1989/90. Und Angela Merkel versucht es derzeit ebenso, mit wahrscheinlich nachhaltigeren und negativeren Wirkungen als ihre Vorgänger. Im politischen Establishment der modernen Demokratie setzt jedenfalls niemand ernsthaft jenseits politischer Petitesen und gezielt aufgepöppelter Skandale, die das enragierte Forenpublikum im Internet über Empörungsventile ablenken sollen, auf »mehr Demokratie wagen«. Die aktive Teilhabe des Souveräns diesseits der Wahlsonntage gilt vielmehr als Störfaktor für die Effizienz der Regierungsadministration. Die Politik offeriert vollendete Tatsachen, kleidet sie sodann in das Autoritätsgewand strikt zu befolgender Sachrationalität und versucht, sich so die strittige Debatte des unberechenbaren Lümmels, des Volkes also, vom Leib zu halten. Das ist mittlerweile die Verhaltensdoktrin gerade in der Europapolitik von Trittin über Steinbrück und Rösler bis hin zu Merkel.

Verglichen mit der grundverfehlten Konstruktion der europäischen Währungs- und Finanzpolitik, verglichen mit den gigantischen sozialen Kosten, die daraus bereits entstanden sind und in weit höherem Maße noch folgen werden, ist hierzulande der bisherige Mangel an Erregung und Interesse verblüffend. Der Souverän probt nicht den Aufstand, übt nicht das Veto, verlangt nicht einmal nach der großen Debatte oder gar Entscheidungshoheit in dieser zentralen Frage von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der nächsten Jahrzehnte. Er fügt sich den Oligarchien, bleibt gefangen in dem bereits mit Helmut Schmidt in dessen Regierungszeit eingefädelten Erwartungsstrang, den großen Krisenmanagern auf ihren Gipfeltreffen stillen Respekt und staatsbürgerliche Devotion entgegenzubringen. Das Land zeigt kein Übermaß an diskursiver oder partizipatorischer Unruhe, sondern es mangelt vielmehr an republikanischem Selbstbewusstsein, um sich der den Parlamenten und der Öffentlichkeit entzogenen Notstandspolitik exklusiver politischer und ökonomischer Exekutiven zu widersetzen und sie zu Diskussionen oder Referenden mit alternativen Ausgangsmöglichkeiten zu drängen.

Alle Erfahrungen aus bisherigen großen Krisen beziehungsweise Transformationen zeigen, dass die Zeitgenossen solcher Epochenwechsel den Vorgang wohl bewusst erleben, aber die zumeist raschen Entwicklungsschübe samt ihrer weitflächigen Auswirkungen nicht überschauen können, zunächst auch nicht über tragfähige Erklärungen und Orientierungskriterien verfügen, um die Situation für sich adäquat begreifbar zu machen, um rasch mit neuen Paradigmen neuen Handlungsantrieb zu finden. »Unsere Fähigkeit,

politische und soziale Veränderungen großen Ausmaßes zu verstehen«, sei, so der amerikanische Soziologe Albert O. Hirschman, »gänzlich unterentwickelt«¹². Es kann schon sein, dass wir gerade in der Ruhe im Anfang des Sturms leben. In der Regel dauert es eine Weile, bis gesellschaftliche Gruppen neue Problemlagen auch für sich anerkennen. Die Psychologie bietet dafür als Erklärung das Paradigma von der »kognitiven Dissonanz« an. Bedeuten soll das: Menschen neigen dazu, in psychischer Übereinstimmung mit ihren ursprünglichen Einstellungen und Erwartungen leben zu wollen, blenden daher zunächst sperrige und unangenehme Neu-Informationen aus. »Die Enttäuschung muss meist erst eine gewisse Schwelle überschritten haben«, beobachtete wieder Hirschman, »ehe man sie sich eingestehen kann – dann jedoch kann sie gerade wegen der vorangegangenen Versuche, (und gleichsam in Vergeltung für sie) dieses Eingeständnis hinauszuzögern, mit besonderer Heftigkeit hereinbrechen.«¹³

Wird es so kommen? Und was folgt dann? Es ist gewiss kein Zufall, dass viele kluge Zeitgenossen derzeit resigniert über die »Ideenverlassenheit«, das »intellektuelle Vakuum« klagen.¹⁴ Die Konfusion in der Wirtschaftswissenschaft mag symptomatisch dafür sein. Andere, wahrscheinlich die meisten, nehmen das als Defizit nicht wahr, sind leidlich froh, dass die Kanzlerin matriarchalisch für den Demos managt und beruhigend-entlastende Metaphern ausgibt. So hofft man, am Ende glimpflich aus dem Finanzschlamassel herauszukommen. Da Zufriedenheit oder Unzufriedenheit der Bürger sich in der Regel am Niveau des Nachbarn und der Umgebung bemessen, sind die Deutschen mit Blick auf Franzosen, Italiener, Spanier derzeit nicht in empörter Rage.

MÄRKTE UND STAAT TAUMELN – EINE RECHT DÜSTERE SICHTWEISE

Und doch wanken viele traditionelle Überzeugungen und Sinnsysteme. Indes: Neue Ordnungsentwürfe haben sich währenddessen immer noch nicht erkennbar herausgeschält.¹⁵ Da die Repräsentanten der Politik eine »natürliche Angst vor der Leere« empfinden, lassen sie ihre Mitarbeiter von Zeit zu Zeit eine Art Ideologiemuckefuck zusammenkompilieren. Dafür bedienen sie sich nach Art von Steinbrucharbeitern ganz heterogener Versatzstücke aus der Philosophie, der Geschichte, der Ökonomie, der Soziologie, auch wenn es auf Kosten der je in sich konsistenten Logiken der einzelnen wissenschaftlichen Paradigmen geht. So werden diese, empört sich der Philosoph und Sorbonne-Professor Yves Charles Zarka, »derart verbogen und verfälscht, instrumentalisiert«, dass sie ihre ursprüngliche Struktur und Schlüssigkeit verlieren und zu »bloßen Beschwörungsformeln und Propaganda-Slogans«

12 Vgl. Albert O. Hirschman, Selbstbefragung und Erkenntnis, München 1996, S. 20.

13 Ders., Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Allgemeinwohl, Frankfurt a.M. 1984, S. 25

14 Etwa Philipp Blom, Die Unordnung der Dinge, in: Frankfurter Rundschau, 20.08.2011.

15 Bereits Martin Jacques, The hunger for renewal, in: New Statesman, 09.04.2009.

verkommen. Ihre Halbwertszeit entspreche der Dauer einer Wahlkampagne, einer politischen Debatte, manchmal nur einer simplen Polemik. Direktes Resultat sei die Diskreditierung der Konzepte, was sie »in ihrer Ursprungsdomäne unbrauchbar« mache.¹⁶

Wohl in keiner neuzeitlichen Krise dürfte eine solche Begriffslosigkeit bei der Betrachtung von Zukunft, eben bei den Erörterungen über das »Danach« geherrscht haben wie im gegenwärtigen Umbruchsmoment. Das große wirtschaftspolitische Narrativ im Zuge des Debakels der weltwirtschaftlichen Depression in den späten 1920, frühen 1930er Jahren war der Keynesianismus. 1973/75, als Rezession und Inflation zeitgleich auftraten, verlor die keynesianische Philosophie den gewiss interessengeleiteten Kampf der Ideen. Als Gewinner aus der Rivalität wirtschaftspolitischer Weltanschauungen gingen die sogenannten Monetaristen, darunter als Elitetruppe der ideologischen Attacke die Angebotstheoretiker der Neoklassik, hervor. Von den 1970er Jahren bis in das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhundert hatten die Protagonisten dieser Richtung die Ausdeutung von »Fortschritt« und »Reformen« stringent okkupiert – und ihre anfänglichen Gegner aus der reformistischen Linken sind ihnen fortlaufend bei zunehmend schwindender Resistenz gefolgt. Am Ende war dieser Gegner links der Mitte ideell enteignet; zum Schluss vermochte er nicht den geringsten Beitrag dafür zu leisten, die plötzlich manifeste Schwäche des Kapitalismus für eine Ökonomie- und Gesellschaftstransformation gezielt auszunutzen. Zuletzt existierten nicht einmal Ansätze eines alternativen Narrativs zum kompromittierten Heilsversprechen des »bürgerlichen Lagers«.¹⁷ Und so taumeln derzeit gleich beide Basissysteme der letzten Jahrhunderte, die Märkte und der Staat; gleich beide drohen zu implodieren. Und damit scheinen sich nun auch die beiden Großentwürfe für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der letzten Jahrzehnte gleichermaßen verschlissen zu haben, die marktzentrierte Angebotspolitik wie der versorgungsetatistische Keynesianismus.¹⁸ Für den Raum dazwischen sind genossenschaftliche Überlegungen und auf Selbsthilfe basierende Konzeptionen des Wirtschaftens¹⁹ während der letzten Jahrzehnte rigide verdrängt worden, da alle Aufmerksamkeit einzig auf Staat oder Märkte fixiert war.

Was Alternativen zur bürokratisch abgestützten Finanzökonomie sein können, das ist mithin konzeptionell gänzlich unklar und diffus.²⁰ Eine genossenschaftliche Solidarökonomie und Partizipationsdemokratie dürfte aus den genannten Gründen nicht einmal diskursiv oder reflexiv in intellektuellen Runden anstehen. In einigen Teilen der zivilgesellschaftlich unterversorgten Staaten Europas könnte in mittlerer Perspektive vielmehr eine Art negative Individualisierung stehen, die nur dann zum Kollektiv noch drängt,

16 Yves Charles Zarka, *Politiques en panne d'idées*, in: *Le Monde*, 31.01.2011.

17 Zur Bedeutung solcher Narrative vgl. Hayden White, *Die Bedeutung der Form. Erzählstrukturen in der Geschichtsschreibung*. Frankfurt a.M. 1990, S. 38.

18 Schon Eric Hobsbawm, *Socialism has failed. Now capitalism is bankrupt. So what comes next?*, in: *The Guardian*, 10.04.2009.

19 Vgl. Klaus Novy u. a. (Hg.), *Anders leben. Geschichte und Zukunft der Genossenschaftskultur*, Berlin 1985.

20 Siehe schon Ralf Dahrendorf, *Nach der Krise: Zurück zur protestantischen Ethik?*, online einsehbar unter <http://www.eurozine.com/articles/2009-05-05-dahrendorf-de.html> [eingesehen am 12.02.2013].

um äußere Konkurrenten und kulturell Fremde abzuwehren.²¹ Solche Gesellschaften sind zunehmend spirituell entleert, da ihnen alle Vorstellungen über tragende Prinzipien und einen gemeinschaftlichen Ethos verlorengegangen sind. Hier entsteht nichts, was die Einzelnen im Verbund mit anderen noch positiv, durch einen motivierenden Entwurf von Gesellschaft, orientieren, in Bewegung setzen könnte. Politische Agonie, Statusfatalismus scheinen jedenfalls wahrscheinlicher als gezielte kollektive Anstrengungen unter gerechtigkeitszentrierten Auspizien.²²

Natürlich, das ist eine recht düstere Sichtweise. Und natürlich sollte man, um den bekanntlich rasch lähmenden Pessimismus zu mäßigen, auch auf die beachtlichen zivilgesellschaftlichen Polster und Projekte in den gefestigten parlamentarischen Demokratien hinweisen. Unzweifelhaft richtig ist auch, dass die parlamentarischen Institutionen in solchen Nationen weiterhin intakt sind. Doch sollte man wohl zugleich nicht vergessen oder ignorieren, wie der scharfsinnige soziologische Beobachter Max Weber schon die durch die Verfassung des Bismarckreichs machtpolitisch beschränkte Rolle des Parlaments bewertete: »Denn darauf: ob große Probleme in einem Parlament nicht nur beredet, sondern maßgeblich entschieden werden – ob also etwas und wie viel darauf ankommt, was im Parlament geschieht, oder ob es nur der widerwillig geduldete Bewilligungs-Apparat einer herrschenden Bürokratie ist, stellt sich die Höhe oder Tiefe seines Niveaus ein.«²³ Weber zielte damit auf das »tief herabgedrückte« geistige Niveau der gewählten Volksvertreter dieser Ära, denen überwiegend die Gabe der politischen Rede fehlte, die analytische Schärfe und Deutungskraft abging und die der Fähigkeiten zur aufklärenden Mehrheitsbildung und weitsichtigen Verantwortungspolitik entbehrten – alles eine notwendige Folge der Bedeutungsschwäche und Machtferne des damaligen Reichstags. Nimmt man den Befund Max Webers ernst, dann ist die politische Lage auch im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, was den Parlamentarismus angeht, bitterernst.

21 Vgl. Lev Gudkov, Russlands Systemkrise. Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Osteuropa, Jg. 57 (2007) H. 1, S. 3–15.

22 Auch Thomas A. Becker, Aufbruch oder Agonie?, in: Neue Zürcher Zeitung, 07.12.2011.

23 Zit. in Wolfgang Schluchter, Was heißt politische Führung? Max Weber über Politik als Beruf, in: Zeitschrift für Politikberatung, H. 2/2009, S. 230–250, hier S. 235.



Prof. Dr. Franz Walter, geb. 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.